



Niederschrift

**über die Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Schönberg
(SCHÖN/GV/02/2011) vom 17.02.2011**

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Wilfried Zurstraßen

Mitglieder

Frau Rosemarie Benecke

Frau Hildegard Buchenau

Herr Peter Ehlers

Herr Wilfried Friese

Herr Uwe Kaßler

Frau Antje Klein

Herr Arnold Lühr

Herr Wolfgang Mainz

Herr Henner Meckel

Herr Wolfgang Mertineit

Frau Claudia Petersen

Herr Sönke Stoltenberg

Herr Horst Wegner

Herr Dieter Winkler

von der Verwaltung

Herr Stefan Gerlach

Gäste

Herr Detlef Klose

Umweltbeiratsvorsitzender

Protokollführer/in

Frau Angela Grulich

Abwesend:

Mitglieder

Herr Sven Asbahr

Herr Jürgen Cordts

Herr Uwe Manstein

Herr Dr. Malte Raetzell

Beginn:

20:00 Uhr

Ende

21:25 Uhr

Ort, Raum:

24217 Schönberg, Knüll 4, Rathaus Schönberg,
Sitzungssaal (Erdgeschoss)

- öffentliche Sitzung -

- | | | |
|----|---|-------------------|
| 1. | Einwohnerfragestunde | |
| 2. | Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 11.01.2011 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse | |
| 3. | Wirtschaftsplan 2011 des Ortsentwässerungsbetrieb Schönberg / Holstein | SCHÖN/BV/204/2010 |
| 4. | Wirtschaftsplan 2011 des Tourist-Service Ostseebad Schönberg | SCHÖN/BV/205/2010 |
| 5. | Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 | SCHÖN/BV/206/2010 |
| 6. | Bekanntgaben und Anfragen | |

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Einwohnerfragestunde

Umweltbeiratsvorsitzender Klose nimmt auf das Mitteilungsblatt Bezug, das dem Steuerbescheid beigelegt war, und in dem auf die Straßenreinigungs- und Winterdienstpflichten der Bürger hingewiesen worden ist. Er habe den Eindruck, dass dieses Mitteilungsblatt sehr überfrachtet war, so dass die Bürger es vielfach ungelesen beiseite gelegt haben. Diesen Eindruck habe er deshalb, weil sich die Situation in keiner Weise verbessert habe.

Der Bürgermeister erklärt, dass möglicherweise der Grund darin liegen könne, dass die Bürger nicht alle gleichermaßen für das Thema „Reinigungspflicht“ sensibilisiert sind. Er weist darauf hin, dass das Thema „Winterdienst“ noch einmal gesondert im Bauausschuss beraten wird.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

TO-Punkt 2: Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 11.01.2011 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Einwendungen gegen die vorgenannte Niederschrift werden nicht vorgetragen. Der Bürgermeister gibt bekannt, dass die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung den Auftrag für die Sanierung der Asphaltdecke „Hühnerbek“ vergeben hat. Außerdem habe sich die Gemeindevertretung mit dem Luftqualitätsgutachten für das Heilbad Holm beschäftigt und beschlossen, einen solchen Auftrag nicht zu vergeben.

**TO-Punkt 3: Wirtschaftsplan 2011 des Ortsentwässerungsbetrieb Schönberg / Holstein
Vorlage: SCHÖN/BV/204/2010**

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und verweist auf die Vorberatung im Bauausschuss.

Gemeindevertreter Stoltenberg begrüßt den vorgelegten Wirtschaftsplan. Er regt aber an, für die Zukunft zu schauen, wie man mehr monetäre Masse generieren könne. Er nennt hier das Stichwort ZVO.

Der Bürgermeister erläutert, dass der Klärwerksleiter und er in Kürze ein Gespräch haben werden, in dem es um die Modifizierung und Fortsetzung des Vertrages mit dem alten Amt geht. Er erinnert daran, dass ein Mitarbeiter der Gemeinde Schönberg aus diesem alten Vertrag finanziert wird.

Gemeindevertreter Wegner und Winkler haben Sorge, dass die Übertragung auf den ZVO sich nachteilig für die Gemeinde Schönberg auswirken könne.

Der Bürgermeister teilt die Befürchtung nicht. Er ist der Auffassung, dass es letztlich egal ist, ob ein Verband oder die einzelnen Gemeinden in das Klärwerk Schönberg entsorgen; dass sie es weiterhin tun werden, hält er für sehr realistisch. Wichtig sei zu diesem Zeitpunkt, den Status quo zumindest zu erhalten oder aber sogar Verbesserungen zu erzielen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt den Wirtschaftsplan 2011 des Ortsentwässerungsbetriebes Schönberg / Holstein mit den Anlagen in der Fassung des überreichten Entwurfes.

Stimmberechtigte:	15		
Ja-Stimmen: 15	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 4: Wirtschaftsplan 2011 des Tourist-Service Ostseebad Schönberg
Vorlage: SCHÖN/BV/205/2010

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und verweist auf die Vorberatungen im Wirtschaftsausschuss.

Der Bürgermeister erläutert, dass man beim Klimapavillon möglicherweise auf die Photovoltaikanlage verzichten könne, mit dem Ergebnis, dass man etwa 4.000 EUR einsparen könne. Das Elektromobil, das mit 6.000 EUR in den Haushalt eingestellt worden sei, könne für diesen Preis neu nicht beschafft werden. Eine Recherche habe ergeben, dass hierfür das doppelte, nämlich 12.000 EUR aufgewendet werden müssen. Er schlägt vor, den Ansatz entsprechend zu erhöhen. Er weist im übrigen darauf hin, dass für den Klimapavillon durch den Standortwechsel nach Kalifornien etwa 7.000 EUR mehr anfallen als geplant, da dieser nun nicht mehr in die Spielerlebniswelten integriert wird. Er weist ferner darauf hin, dass die Erhöhung des Ansatzes für die Badesicherheit in Höhe von 5.000 EUR eventuell nicht ausreichen werde. Wie sich die tatsächliche Kostenlage darstelle, müsse die Entwicklung in den Sommermonaten zeigen.

Gemeindevertreter Winkler plädiert dafür, auf die Photovoltaikanlage zu verzichten. Er erkundigt sich, wie viel Strom voraussichtlich im Pavillon gebraucht werde.

Der Bürgermeister erläutert, dass der Pavillon direkt gegenüber des Tourist-Service aufgestellt wird, so dass man sicherlich eine Elektroverbindung herstellen könne. Wie hoch der Stromaufwand sein wird, lasse sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur schwer einschätzen; dies hänge auch davon ab, ob der Pavillon im Winter geschlossen wird oder nicht.

Für Gemeindevertreter Stoltenberg ist die Photovoltaikanlage die logische Konsequenz dieser Maßnahme. Wenn man schon einen Klimapavillon errichten will, dann müsse man dies auch richtig tun. Dann gehöre eine Photovoltaikanlage dazu und mache die ganze Sache rund. Man dürfe in diesem Zusammenhang nicht nur die Kosten sehen, sondern müsse auch die werbliche Wirkung in die Überlegungen mit einbeziehen.

Gemeindevertreter Meckel sieht dies ebenso. Er regt an, eine Investitionsrechnung aufzumachen.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass man derzeit die Verbräuche nicht kennt. Die Frage sei in der Tat, ob man die Entscheidung aus Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten treffen möchte, oder ob man auch werbliche Aspekte und Imagegesichtspunkte mit in die Überlegung mit einbeziehen möchte.

Die Gemeindevertreter sprechen sich einvernehmlich dafür aus, die Photovoltaikanlage im Ansatz zu belassen, so dass sich die Investition in der Ausgabe auf 33.000 EUR beläuft und in der Einnahme auf 23.000 EUR.

Gemeindevertreter Mertineit erklärt, dass er es sehr bedauert, dass die Spielerlebniswelten diesem Haushalt geopfert werden sollen. Für ihn sind die Spielerlebniswelten deutlich mehr als ein Spielplatz und wichtig für die Gemeinde. Er appelliert daher an die Gemeindevertreter, die Streichung noch einmal zu überdenken.

Gemeindevertreter Wegner weist darauf hin, dass die Spielerlebniswelten letztendlich allen Gemeindevertretern sehr am Herzen liegen, aber man müsse hier abwägen. Auch die Strandeingangsbereiche sind sehr wichtig für die touristische Entwicklung der Gemeinde Schönberg. Sie haben aus seiner Sicht einen höheren Stellenwert, beides sei nicht zu wuppen.

Auch Gemeindevertreter Winkler erklärt, dass es sich die SPD keinesfalls leichtgemacht habe, die Spielerlebniswelten aus dem Haushalt zu streichen. Auch die Strandeingangsbereiche haben für die SPD einen sehr hohen Stellenwert. Aber letztendlich müsse man mit Augenmaß vorgehen und schauen, was geht und was nicht geht. Insgesamt bildet dieser Wirtschaftsplan ein realistisches Bild der Einnahmen und Ausgaben ab, die ein Betrieb dieser Größenordnung für eine erfolgreiche Arbeit benötigt. Die SPD hält es für wichtig, das Angebot für Gästekinder zu verbessern; deswegen wird die SPD sich dafür einsetzen, dass zeitnah ein Konzept für einen maritimen Erlebnispark erarbeitet wird.

Auf eine Frage des Bürgermeisters erklärt Gemeindevertreter Mertineit, dass er seinen Appell zum Antrag erhebt. Er beantragt daher, das Projekt Spielerlebniswelten in den Wirtschaftsplan des Tourist-Service einzustellen.

Gemeindevertreter Stoltenberg bestätigt, dass es sich die Gemeindevertreter alle nicht leicht gemacht haben, diesen Wirtschaftsplan so wie er jetzt vorliegt, aufzustellen. Auch die CDU habe sich sehr für das Projekt Spielerlebniswelten eingesetzt, dies sei keine Frage, aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt müsse man angesichts der Finanzlage auch Prioritäten setzen. Man habe sich daher auch ganz intensiv ein paar Gedanken darüber gemacht, wie es gelingen könne, anderweitig Schulden zu reduzieren. Leider gibt es an anderer Stelle kein realistisches Einsparpotential, um dieses Ziel zu erreichen, so dass man letztendlich mit diesem schmerzlichen Einschnitt leben muss. Der Wirtschaftsplan als solches wird von der CDU mitgetragen, weil er wichtige und notwendige Investitionen erhält.

Der Bürgermeister stellt den Antrag von Gemeindevertreter Mertineit zur Abstimmung.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Das Projekt Spielerlebniswelten wird in den Wirtschaftsplan des Tourist-Service eingestellt.

Stimmberechtigte:	15		
Ja-Stimmen: 1	Nein-Stimmen: 11	Enthaltungen: 3	Befangen: 0

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Gemeindevertreter Meckel führt aus, dass die EIS dem Wirtschaftsplan nicht zustimmen könne. Er verweist hierzu auf die Ausführungen im Wirtschaftsausschuss. Die EIS sieht sich nicht in der Lage, den Bürgern deutlich zu machen, dass trotz Einnahmeerhöhungen und Organisationsuntersuchung kein besseres Ergebnis erzielt werden kann. Er habe den Eindruck, dass sich die Gemeindevertretung schon an eine solche Verlustgröße gewöhnt habe. Die EIS sieht kein Anzeichen dafür, dass eine Mehrheit in der Gemeindevertretung ernsthafte Einsparbemühungen unterstützt. Er weist noch einmal auf die seinerzeitige Forderung zur Bildung eines Arbeitskreises hin. Die EIS ist davon überzeugt, dass es gelingen kann, Einsparmaßnahmen zu erarbeiten, ohne dass die Qualität der Leistung darunter leidet.

Gemeindevertreter Wegner erinnert daran, dass die EIS seinerzeit in der Beratung im Wirtschaftsausschuss keine konkreten Vorschläge für Einsparmaßnahmen nennen konnte. Verantwortlich für den touristischen Betrieb sei der Wirtschaftsausschuss. Er könne nicht erkennen, warum man hier als weiteres Gremium einen Arbeitskreis installieren sollte.

Gemeindevertreter Meckel erklärt, dass es ihm auch nicht darum gehe, den Wirtschaftsausschuss auszuhebeln, aber die Erfahrung zeige jedoch ganz deutlich, dass eine kleinere Arbeitsgruppe viel effektiver und effizienter arbeiten könne. Seiner Auffassung nach habe die EIS schon konkrete Vorschläge gemacht, die aber in einer so großen Gruppe, wie sie der Wirtschaftsausschuss darstellt, nicht sachgerecht abgearbeitet werden könne.

Der Bürgermeister erläutert ergänzend zum Thema „Klimapavillon“, dass nach Auskunft der Arbeitsverwaltung ein expliziter Beschluss darüber gefasst werden müsse, dass ein Teil der Leistung in Eigenleistung durch das Dienstleistungscenter ProArbeit durchgeführt wird. Hierdurch werde das Merkmal der Zusätzlichkeit dokumentiert.

Gemeindevertreter Stoltenberg schlägt zur Wahrung einer einvernehmlichen Beschlussfassung vor, diesen Punkt am heutigen Abend auszuklammern. Dies stößt auf Zustimmung.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt den Wirtschaftsplanes 2011 für den Tourist-Service Ostseebad Schönberg in der Fassung des vorgelegten Entwurfs unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen gemäß Anlage zur Niederschrift.

Stimmberechtigte:	15		
Ja-Stimmen: 12	Nein-Stimmen: 2	Enthaltungen: 1	Befangen: 0

TO-Punkt 5: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 Vorlage: SCHÖN/BV/206/2010

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und verweist auf die Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss. Er geht auf die Veränderungsliste ein, die als Tischvorlage vorliegt. Er erläutert, dass in diesem Zahlenwerk nicht die Kosten für den Ausbau der Fußgängerzone erfasst

sind. Hierfür werde ein Nachtrag zu erarbeiten sein. Er verweist auf den bisherigen Beratungsgang und den jetzigen Verfahrensstand. Er erinnert daran, dass insbesondere von seiten des Gewerbevereins die Bitte geäußert wurde, die Fußgängerzone wieder für Verkehre zu öffnen. Er habe insoweit die Firma IPP gebeten, eine entsprechende Planungsvariante zu erarbeiten. In der zweiten Märzhälfte habe er eine Anliegerversammlung mit dem Ziel einer Meinungsabfrage geplant. Zwischenzeitlich habe die Prüfung ergeben, dass die Zweckbindungsfrist aus dem seinerzeitigen Sanierungsbescheid bereits Ende 2009 abgelaufen ist, da die Frist mit Fertigstellung der Fußgängerzone zu laufen beginnt. Die Fußgängerzone wurde im Herbst/Winter 1984 fertiggestellt. Ferner könne er berichten, dass das Tourismusreferat zwischenzeitlich erklärt habe, dass es bei der Planvariante einer Öffnung der Fußgängerzone für Verkehre keine Zuschüsse geben wird. Fakt sei aber, dass man zu diesem gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt gar keine Garantie habe, ob es überhaupt Zuschüsse geben kann. Er hält daher für sinnvoll, beide Varianten zu diskutieren.

Gemeindevertreter Winkler bedankt sich zunächst einmal bei allen, die bei diesem Zahlenwerk konstruktiv mitgearbeitet haben, insbesondere auch beim Bürgermeister und bei Amtsmitarbeiter Gerlach. Die Freude über den ausgeglichenen Haushalt könne nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Zahlenwerk sehr eng gestrickt sei. Insgesamt habe es nur sehr begrenzte Sparmöglichkeiten gegeben, wenn man nicht an die Substanz gehen will und dies will die SPD nicht. Die Investitionen, die dieser Haushalt vorsieht, sind wichtig und richtig. Auch die etatisierten Ausgaben für Bildung und Soziales sind gut angelegtes Geld. Dieser Haushalt findet die volle Zustimmung der SPD-Fraktion.

Gemeindevertreter Meckel erklärt, dass die EIS-Fraktion diesem Haushalt nicht zustimmen werde. Er erinnert an seine Ausführungen im Haupt- und Finanzausschuss. Der Schuldenstand habe sich unter Einbeziehung der Eigenbetriebe auf 15,3 Mio. erhöht. Ein Ende sei nicht abzusehen. Auch wenn der Haushalt ausgeglichen ist, sei es aus Sicht der EIS-Fraktion ein Ausgleich auf Pump. Der Appell der EIS nach Konsolidierungsmaßnahmen sei nicht gehört worden. Der EIS sei eine nachhaltige Haushaltsführung wichtig, die nachfolgende Generation nicht über Gebühr belastet. Nach Auffassung der EIS können durch Kosteneinsparungen, Erlösverbesserungen aber auch durch strukturelle Veränderungen durchaus Kosten eingespart werden, ohne die Qualität der Leistungen zu mindern. Die EIS vermisst ganz klar Anstrengungen zu Konsolidierungsmaßnahmen oder zumindest Zielvorgaben hierfür.

Der Bürgermeister erläutert die Schuldenentwicklung. Danach ergeben sich Schulden in Höhe von 1,7 Mio. in 4 Jahren. Hierfür habe es aber auch deutliche Investitionen gegeben, die seinerzeit alle mit den Stimmen der EIS verabschiedet worden sind. Er nennt folgende größere Investitionen, die keineswegs abschließend sind: 735.000,- € für Straßenbau und Sanierung, 130.000,-€ zur Ermöglichung des Durchstichs im Hühnerbek, 623.000,- € für den Sportplatz, 150.000,-€ für den KiTa-Bereich, 184.000,- € für die Feuerwehr und 150.000,- € für den GUV. Zusammen sind das 1,972 Mio. Er halte es auch für wichtig, mit Bedacht zu sparen. Wenn man Sparvorschläge habe, müsse man aber konkret werden. Ein Pauschalappell, 3% von X sparen zu wollen, sei hierfür nicht ausreichend. Man dürfe daher nicht nur fordern, pauschal am Ansatz zu sparen, sondern müsse auch deutlich machen, welche konkreten Leistungen man künftig nicht mehr anbieten will. Er erläutert außerdem jeweils das Verhältnis von Schuldenstand und Anlagevermögen bei den Eigenbetrieben. Den rd. 5 Mio Schulden des OEB stehen z.B. Vermögenswerte von über 18 Mio EUR gegenüber. Vermögenswerte, die durchaus marktfähig seien, wie der Kauf der Anlagen in den Dörfern durch den ZVO zeige. Im übrigen belaste der Schuldenstand des OEB den Gemeindehaushalt nicht mit einem Cent. Seine herzliche Bitte sei daher, beide Seiten zu sehen, die Schulden und die Vermögenswerte. Hier werde mit Augenmaß investiert, damit Qualität und Leistungskraft der Gemeinde erhalten bzw. verbessert werden.

Gemeindevertreter Winkler verlässt den Sitzungssaal um 21.13 Uhr, er betritt ihn wieder um 21.15 Uhr.

Gemeindevertreter Meckel verweist auf die Schuldenbremse von Bund und Land. Von solchen Anstrengungen sei bei der Gemeinde nichts zu spüren. Dieses könne man doch aber aufgreifen und sich zusammensetzen und konkrete Vorschläge erarbeiten.

Der Bürgermeister erklärt, dass ein Vergleich mit dem Staat unangemessen ist, da die Kommunen ihre Kredite auch jährlich tilgen und - anders als beim Staat - mit Krediten nur Investitionen finanzieren dürfen.

Gemeindevertreter Stoltenberg ist der Auffassung, dass man kreativ und konstruktiv gearbeitet habe. Die CDU stehe für die Investition der letzten 4 Jahre. Dies sind gute und zukunftsweisende Investitionen.

Gemeindevertreterin Klein ist ebenfalls dieser Auffassung. Man habe hier Geld gut angelegt, denn das Geld werde sinnvoll ausgegeben für wichtige Maßnahmen. Sie nennt hier insbesondere auch das Beispiel der Alten Apotheke.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt die Haushaltssatzung 2011 und den Haushaltsplan 2011 mit den Anlagen in der Fassung des vorgelegten Entwurfes unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen gemäß Anlage zur Niederschrift.

Stimmberechtigte:	15		
Ja-Stimmen: 12	Nein-Stimmen: 2	Enthaltungen: 1	Befangen: 0

TO-Punkt 6: Bekanntgaben und Anfragen

Gemeindevertreterin Petersen erklärt, dass sie doch noch eine Anmerkung zur letzten Niederschrift habe. Ihr sei aufgefallen, dass bei TOP 10 und 11 nicht Gemeindevertreter Winkler, sondern Gemeindevertreter Wegner befangen war. Dieses redaktionelle Versehen wird berichtigt.

Der Bürgermeister erinnert daran, dass aus der letzten Haupt- u. Finanzausschusssitzung noch eine Info nachzureichen war, und zwar ging es um den Ansatz Postdienstleistungen. In der Praxis sei es derzeit so, dass Postdienstleistungen der Gemeinde, die Schönberg Kulturrell betreffen bzw. das Dienstleistungscenter ProArbeit, gesondert abgerechnet werden. Dies sei aus seiner Sicht ein Thema, das sicherlich im Zusammenhang mit der Neubewertung der Verwaltungskostenbeiträge mit dem Amt diskutiert werden sollte.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Bürgermeister schließt den öffentlichen Sitzungsteil. Der Pressevertreter verlässt den Sitzungssaal.

Die Sitzung wird ohne Pause mit dem nichtöffentlichen Sitzungsteil fortgesetzt.

Gez.
Wilfried Zurstraßen
- Bürgermeister -

Gez.
Angela Grulich
- Protokollführerin -

gesehen:
Gez.
Sönke Körber
- Amtsdirektor -